WIRTSCHAFTLICHE VEREINIGUNG ZUCKER

PRESSEMITTEILUNG

Eine Zuckergetränkesteuer widerspricht den Zielen der Koalition

Berlin, 14. Oktober 2026 – Nach dem heutigen Kabinettsbeschluss über eine Formulierungshilfe für ein Zuckergetränkesteuergesetz (ZuckGStG) appelliert Günter Tissen, Hauptgeschäftsführer der Wirtschaftlichen Vereinigung Zucker:

„Mit der Zuckergetränkesteuer verabschieden sich Union und SPD von zentralen Versprechen ihres Koalitionsvertrages. Statt Bürokratie abzubauen, Verbraucher zu entlasten, wirtschaftliches Wachstum zu stärken und die Wertschätzung regional erzeugter Lebensmittel zu fördern, setzen sie auf zusätzliche Belastungen und mehr staatliche Eingriffe und Bevormundung. Dabei bleibt der nachweisbare gesundheitliche Nutzen einer Zuckergetränkesteuer weiterhin aus.

Nach dem Kabinettsbeschluss liegt die Verantwortung nun bei den Abgeordneten des Deutschen Bundestages. Sie sind gefordert, den Vorschlag des Kabinetts kritisch an den selbst gesetzten Zielen ihrer Politik zu messen. Wir setzen weiter auf Vernunft und Augenmaß und appellieren an die Verantwortlichen, dieses Gesetz zu stoppen. Denn eines ist klar: ein Zuckergetränkesteuergesetz macht niemanden schlanker, aber vernichtet Arbeitsplätze und zerstört unwiederbringlich Wertschöpfung im ländlichen Raum.“

Eine Zuckersteuer hält nicht, was sie verspricht

1. Eine Zuckersteuer leistet keinen belastbaren Beitrag im Kampf gegen Übergewicht.

Großbritannien hat die Zuckersteuer 2018 eingeführt. Das Ergebnis: das Übergewicht steigt weiter an, obwohl der Zuckerverzehr sinkt[1,2]. In über hundert weiteren Ländern wurde eine Zuckersteuer ebenfalls eingeführt. Es gibt keinen belastbaren Beitrag zur Verlangsamung der Adipositasentwicklung[3]. Häufig werden Modellrechnungen herangezogen, um vermeintlich positive Effekte einer Zuckersteuer zu belegen. Diese sind aber gerade kein Beleg. Sie setzen nämlich als Grundannahme voraus, dass eine Zuckersteuer tatsächlich kausal für die Reduktion des Körpergewichts ist, obwohl es dafür keine wissenschaftlichen Nachweise gibt. Eine umfassende wissenschaftliche Analyse zentraler Studien[4] kommt zu dem Ergebnis, dass keine der häufig herangezogenen Untersuchungen den Anforderungen evidenzbasierter Politik genügt.

2. Statt Zucker werden vermehrt künstliche Süßstoffe eingesetzt und verzehrt.

Die Erfahrung mit dem britischen Steuermodell zeigt, dass der Zuckergehalt in Erfrischungsgetränken zwar reduziert wurde, dafür aber mehr künstliche Süßstoffe eingesetzt werden[5,6]. Eine zunehmende Süßstoffaufnahme löst in deutschen Behörden Sorgen aus. Das Bundesinstitut für Risikobewertung gibt zu bedenken, dass ein gesteigerter Konsum von süßungsmittelhaltigen Erfrischungsgetränken zur Überschreitung der empfohlenen Tagesdosis für einzelne Süßungsmittel führen könnte[7]. Auch das Umweltbundesamt macht sich Sorgen um die Belastung des Trinkwassers durch Süßstoffe wie Acesulfam-K und Sucralose[8].

3. Eine Zuckersteuer ist bürokratisch und gängelt die Menschen.

Eine neue Steuer bringt Meldepflichten, Kontrollen, Genehmigungen und Verwaltungskosten – für die Wirtschaft und den Steuerzahler. Das ist das Gegenteil des immer wieder angekündigten Bürokratierückbaus. Anstelle von regulatorischen Maßnahmen braucht Übergewichtsprävention Ernährungsbildung und Verbraucheraufklärung. Menschen müssen selbstbestimmt über ihre Ernährung entscheiden können und sollen nicht bevormundet werden.

Referenzen:
1. https://www.gov.uk/government/statistics/national-diet-and-nutrition-survey-2019-to-2023/national-diet-and-nutrition-survey-2019-to-2023report#nutrient-intakes.
2. https://digital.nhs.uk/data-and-information/publications/statistical/health-survey-for-england.
3. Rubach, Mehr als 100 Länder besteuern zuckergesüßte Getränke. Funktioniert es? https://mrexpertde.substack.com/p/mehr-als-100-landerbesteuern-zuckergesute?r= (Zugriff 28. Juli 2026).
4. Schüller et al., Statistisch-methodische Bewertung von Modellierungsstudien zu den Effekten einer Zuckersteuer, Gutachten 2025. https://www.lebensmittelverband.de/fileadmin/Positionspapiere/2025/11/Gutachten_Statistisch-methodische_Bewertung_von_Modellierungsstudien_zu_den_Effekten_einer_Zuckersteuer.pdf.
5. https://www.sipcan.at/post/die-britische-zuckersteuer-eine-gute-loesung (Zugriff 16.03.2026).
6. Kutepova et al, Declining trends in sweetness of the diet in the UK: 2008/9–2018/19, Front Nutr, 2025.
7. https://www.bfr.bund.de/assets/01_Ver%C3%B6ffentlichungen/Stellungnahmen_englisch/health-risk-assessment-of-the-use-of-sweeteners-in-softdrinks.pdf (Zugriff 28.07.2026).
8. https://www.umweltbundesamt.de/themen/zuckersteuer-kann-eintraege-persistenter.

Wirtschaftliche Vereinigung Zucker e.V.
Die WVZ ist die zentrale Organisation der deutschen Zuckerwirtschaft. Ihr gehören die Verbände der rund 21.000 Rübenanbauer, die vier Zucker erzeugenden Unternehmen und Firmen des Zuckerhandels an. Sie vertritt die gemeinsamen Interessen insbesondere auf den Gebieten Anbau und Verarbeitung von Zuckerrüben, Zucker und Nebenerzeugnissen, Zuckermarkt- und Agrarpolitik sowie Außenhandelsrecht und Handelspolitik.

Medienkontakt:
Isabel Vollmer
Presse
Wirtschaftliche Vereinigung Zucker
Friedrichstraße 70
10117 Berlin
Tel.: +49 30 206 18 95 51
presse@zuckerverbaende.de